

Protokollauszug

aus der

47. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom 14.12.2023

öffentlich

Top 12 Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt

Herr Reimann erläutert zur Stellungnahme und begründet erneut die Dringlichkeit.

Herr Prof. Dr. Hafezi begrüßt den Appell und die Stellungnahme. Momentan seien die Fallzahlen fachlich nicht zu halten und zu behandeln. Man benötige Fallzusetzungen, um die Kolleg*innen zu entlasten und um dem gesetzlichen Auftrag gut nachkommen zu können. Leider habe in den letzten Jahren keine gesunde Entwicklung der Personalstruktur im Allgemein Sozialen Dienst (ASD) stattgefunden. Ohne Personalzusetzungen werde es nicht funktionieren. Die Fallzahlen würden aktuell bei 78 liegen. Man müsse die Rahmenbedingungen ändern. Ein erster organisatorischer Schritt sei die Trennung des Fachbereiches 23 Bildung, Jugend und Sport in die Fachbereiche 21 Bildung und Sport und 23 Kinder, Jugend und Familie gewesen. Eine Nachjustierung werde im Frühjahr 2024 folgen. Es folge die Einrichtung eines Krisendienstes, der durch die Kommune selbst betrieben werde. Dieser müsse personell so ausgestattet sein, dass ein reibungsloser Betrieb möglich sei. Man werde die notwendigen Stellen im Rahmen der Haushaltsberatungen einbringen und fachlich begründen. Weiterhin erfolge aktuell eine Personalbemessungsuntersuchung, die schon vor seinem Amtsantritt begonnen habe. Die Ergebnisse dazu würden voraussichtlich im Mai 2024 vorliegen.

In der anschließenden Diskussion betonen die Ausschussmitglieder, dass man kurzfristig eine Änderung herbeiführen müsse. Man könne nicht auf Ergebnisse im Mai 2024 warten. Man appelliert, dass man zukünftig auch rechtzeitig auf die Personalbedarfe in den Bereichen reagieren müsse. Der Personalmangel in der Verwaltung würde sich unter anderem auch in den stationären Hilfen bemerkbar machen. Wichtig sei auch die noch vorhandenen Mitarbeiter*innen zu halten, da bereits ein großer Schwund und Fluktuation zu erkennen sei. Hierfür benötige man Konzepte. Herr Prof. Dr. Hafezi informiert, dass man aktuell in der Planung sei, Dauerausschreibungen für den Bereich zu veröffentlichen.

Herr Reimann informiert zum weiteren Vorgehen mit der Stellungnahme, dass diese vom Ausschuss votiert werde. Danach solle diese im Ratsinformationssystem veröffentlicht werden. Aufgrund der Adressierung an den Oberbürgermeister sowie an den Beigeordneten Herrn Prof. Dr. Hafezi müsse man sich dazu verhalten.

Die Stellungnahme solle wie folgt geändert und ergänzt werden:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Beigeordneter,

wir, der Jugendhilfeausschuss, wenden uns heute mit größter Dringlichkeit an Sie. Die aktuelle Situation im Jugendamt unserer Stadt ist alarmierend: Die Fallzahlen pro Sozialpädagoge haben

ein unhaltbares Niveau von über **78 60** erreicht. Die hohe Arbeitsbelastung hat bereits dazu geführt, dass Kolleginnen und Kollegen einen Wechsel in Erwägung ziehen, sobald sich alternative Jobmöglichkeiten bieten.

In dieser kritischen Lage appellieren wir eindringlich an Sie, die Schaffung von mindestens 20 zusätzlichen Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) sofort umzusetzen. Dies wäre das Minimum, um die Arbeitslast auf ein – ansatzweise - angemessenes Niveau zu reduzieren und dem Schutzauftrag des Jugendamts gerecht zu werden.

Als Jugendhilfeausschuss fühlen wir eine tiefe Verantwortung, sowohl gegenüber den Familien als auch den Mitarbeitenden des Jugendamtes gegenüber. Aus diesem Grund wollen wir diese untragbare Situation umgehend verbessern, indem wir gezielt um Unterstützung und Entlastung bitten.

Wir bitten im Weiteren darum, die Benchmarks aus anderen Städten heranzuziehen. Denn ein Vergleich der Besetzungsquoten könnte wertvolle Einsichten bieten, wie andere Kommunen ähnliche Herausforderungen meistern und könnte als Orientierung für die strategische Personalplanung dienen.

Obwohl derzeit eine Organisationsuntersuchung durchgeführt wird, deren Ergebnisse erst im Mai vorliegen werden, betonen wir, dass ein Abwarten bis dahin nicht tragbar ist. Die Lage erfordert umgehendes Handeln, um weitere Abgänge des Personals zu verhindern und die hohe Qualität ihrer Arbeit aufrechtzuerhalten.

Wir sind überzeugt, dass durch die gemeinsame Anstrengung und die konstruktive Zusammenarbeit, dieses Ziel erreicht werden kann. **Darum bitten wir darum im Januar Gespräche mit Vertreter*innen des Jugendhilfeausschusses dazu zu führen und spätestens im Februar im Jugendhilfeausschuss zu präsentieren.**

Herr Reimann stellt die geänderte Stellungnahme zur Abstimmung.

Abstimmung:

einstimmig **angenommen**